



Prad am Stilfserjoch, 01.02.2022

Mitteilung Schülerbeförderung 2022/2023

Sehr geehrte Eltern!

Innerhalb 15. Februar 2022 ist der Antrag um Schülertransport mittels Schülerverkehrsdienst bei der Schule einzureichen. Hier einige Informationen zu diesem Sonderdienst:

Für das Schuljahr 2020/21 beträgt der Jahrestarif 20,00 Euro für den Schülerverkehrsdienst. Schülerinnen und Schüler, welche **zusätzlich zum Schülerverkehrsdienst um den Südtirol Pass Abo + ansuchen, bezahlen den Jahrestarif von 20,00 Euro nur einmal**. Die Bezahlung des Jahrestarifs für den Schülertransport mit Sonderdienst trifft also nur zu, sofern KEIN Südtirol Pass Abo+ beantragt wird. Der Jahrestarif von 20,00 Euro für den Sonderdienst ist erst NACH Genehmigung des Sonderdienstes (Spätsommer) zu entrichten. Die Zahlungsmodalitäten, die nur für den Schülerverkehrsdienst gelten, bleiben unverändert.

Folgende Schüler/innen können um **Schülertransport** mittels **Schülerverkehrsdienst** ansuchen:

Grund- und Mittelschüler Mindestentfernung von 2 km Wohnort-Schule oder Wohnort- Linienhaltestelle, Mindestanzahl von 2 Grund- oder Mittelschüler*innen auf einem Knotenpunkt

Es gibt zwei Vordrucke (Ansuchen):

- a) Neuantrag: Dieser wird für Schüler/innen der 1. Klasse Grund- und Mittelschule verwendet bzw. bei nicht erreichten Mindestvoraussetzungen, aber Vorliegen eines Härtefalls.
- b) Die Bestätigung wird verwendet um den Antrag für den Sonderdienst gemäß laufendem Schuljahr 2022/23 zu bestätigen.

Ein Ansuchen für den Schülerverkehrsdienst liegt diesem Schreiben bei bzw. finden Sie auf der Homepage der Schule oder Sie können es im Schulsekretariat abholen.

Schüler/innen, die im nächsten Schuljahr die **1. Klasse einer Ober-, Fach- oder Berufsschule** besuchen, geben die Gesuche **direkt** an der **neuen Schule** ab.

WICHTIG:

- Ansuchen vollständig und leserlich ausfüllen
- Ansuchen termingerecht (**INNERHALB 15. Februar 2022**) im Schulsekretariat abgeben
- **E-Mail Adresse angeben**
- **Neue Härtefälle in separatem Schreiben** an das Amt für Schulfürsorge genau beschreiben und eventuelle Bestätigung beilegen.
- **Bei negativen Bewertungen bzw. Ablehnungen von Seiten des Amtes für Schulfürsorge ist eine Eingabe bzw. die Härtefallbeschreibung dem Amt für Schulfürsorge zu übermitteln. Dies hat innerhalb von 15 Kalendertagen nach Erhalt des Schreibens zu erfolgen.**

Mit freundlichen Grüßen
Die Schuldirektorin

Sonja Saurer
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

An die Schuldirektionen

Das Ansuchen muss innerhalb **15. Februar 2022** im Sekretariat der zuständigen Schule eingereicht werden

**ANSUCHEN UM SCHÜLERVERKEHRSDIENST
SCHULJAHR 2022/2023**

Antragsteller*in / Erziehungsberechtigte*r / gesetzliche*r Vertreter*in:

Nachname	<input type="text"/>	Vorname	<input type="text"/>
Geburtsort	<input type="text"/>	Geburtsdatum	<input type="text"/>
Steuernr.	<input type="text"/>	Telefon/Handy	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>		

Erkläre dass die/der andere Erziehungsberechtigte*r mit diesem Antrag einverstanden ist.
(dieses Feld muss angekreuzt werden)

Schüler*in:

Nachname	<input type="text"/>	Vorname	<input type="text"/>
Geburtsort	<input type="text"/>	Geburtsdatum	<input type="text"/>
Adresse	<input type="text"/>	Gemeinde	<input type="text"/>
Steuernr.	<input type="text"/>		

Im Schuljahr 2022/2023 ist der/die obgenannte Schüler*in in

Name der Schule	<input type="text"/>	Klasse	<input type="text"/>
Adresse der Schule	<input type="text"/>		eingeschrieben.

Angesuchte Fahrstrecke:

Abfahrtort:
(Adresse des Wohn- bzw. Aufenthaltsort oder Name Schülersammelstelle angeben)

Ankunftsort:
(Name der Haltestelle des öffentlichen Liniendienstes oder der Schule angeben)

Entfernungen (Mindestkriterien):

- die vom Wohn- bzw. Aufenthaltsort nächstgelegene bzw. zuständige Schule ist Kilometer entfernt;
- die vom Wohn- bzw. Aufenthaltsort nächstgelegene Haltestelle der öffentlichen Verkehrsmittel ist Kilometer entfernt;
(bei beiden Kriterien müssen die Kilometer angegeben werden – es zählt der kürzeste begehbare Weg)

Angesuchte Fahrten:

	MO	DI	MI	DO	FR
Hinfahrt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Rückfahrt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(zutreffendes ankreuzen)

Weitere Voraussetzungen und Erklärungen:

- bei Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel beträgt die Wartezeit für Grund- und Mittelschüler*innen vor Unterrichtsbeginn oder nach Unterrichtsende mehr als 30 Minuten;
[\(genauen schriftlichen Bericht, sowie die Fahr- und Stundenpläne beilegen\)](#)
- bei Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel beträgt die Wartezeit für Ober- und Berufsschüler*innen vor Unterrichtsbeginn mehr als 30 Minuten und nach Unterrichtsende mehr als 60 Minuten;
[\(genauen schriftlichen Bericht, sowie die Fahr- und Stundenpläne beilegen\)](#)
- die Mindestkriterien sind nicht erfüllt, jedoch ist die Familie aus objektiv nachweisbaren Gründen nicht in der Lage, ihr Kind zur Schule zu bringen und aufgrund der Beschaffenheit des Schulweges ist die Zurücklegung desselben für das Kind unzumutbar;
[\(genauen schriftliche Bericht und Bestätigung des Arbeitgeber beilegen\)](#)
- es wird um eine zusätzliche Rückfahrt zu Mittag und Hinfahrt am Nachmittag bei Nachmittagsunterricht angesucht, da die jeweilige Gemeinde für die besuchte Schule kein Mensadienst anbietet;
[\(Bestätigung der Gemeinde beilegen\)](#)
- es wird um eine zusätzliche Rückfahrt zu Mittag und Hinfahrt am Nachmittag bei Nachmittagsunterricht angesucht, da der/die Schüler*in aus gesundheitlichen Gründen den Mensadienst nicht beanspruchen kann.
[\(ärztliches Attest beilegen\)](#)

ACHTUNG: es werden Kontrollen durchgeführt und eventuell Richtigstellungen bzw. Streichungen von Amts wegen vorgenommen.

Der/die Unterfertigte erklärt, darüber in Kenntnis zu sein, dass Stichprobenkontrollen über den Wahrheitsgehalt der Angaben durchgeführt werden (Artikel 2, Absatz 3 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, i.G.F.). Um die Angaben überprüfen zu können, ermächtigt der/die Unterfertigte die Landesverwaltung, alle erforderlichen Daten bei der zuständigen Stelle einzuholen.

Information gemäß Art. 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016. Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung: Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz 1, Landhaus 1, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it - ZEP: generaldirektion.direzionesgenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB): Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: E-Mail: dsb@provinz.bz.it - ZEP: ripd_dsb@pec.prov.bz.it.

Ursprung: Die Daten stammen vom Antragsteller und wurden im Sinne des Beschlusses vom 24. März 2020, Nr. 207 erhoben.

Kategorien der Daten: Es handelt sich um Identifizierungsdaten.

Zwecke der Verarbeitung: Die erhobenen Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie erhoben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person der Direktor pro tempore des Amtes für Schulfürsorge an seinem Dienstsitz.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies im engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Landesabteilung für Bildungsförderung, Landesabteilung für Mobilität und STA Südtiroler Transportstrukturen AG. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln, ohne die vom Abschnitt V der Datenschutz - Grundverordnung 2016/679 geeigneten vorgesehenen Garantien. Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftragsverarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

Datenübermittlung: Es werden keine personenbezogenen Daten an Drittländer übermittelt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis zu 10 Jahren.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung. Das Ergebnis dieser Entscheidungsfindung bestimmt den – positiven oder negativen – Ausgang des Verfahrens.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden. Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Ort und Datum

.....
Unterschrift des/der Antragsteller*in

Alla Direzione della Scuola

La domanda deve essere presentata alla segreteria
entro e non oltre il **15 febbraio 2022**

DOMANDA PER SERVIZIO TRASPORTO SCOLASTICO
Anno scolastico 2022/2023

Richiedente / genitore / tutore legale:

Cognome	<input type="text"/>	Nome	<input type="text"/>
Luogo di nascita	<input type="text"/>	Data di nascita	<input type="text"/>
Codice fiscale	<input type="text"/>	Telefono/Cell.	<input type="text"/>
E-mail	<input type="text"/>		

Dichiaro che l'altro tutore legale è informato e concorde della presente domanda.
(questa casella deve essere selezionata)

Alunno*a:

Cognome	<input type="text"/>	Nome	<input type="text"/>
Luogo di nascita	<input type="text"/>	Data di nascita	<input type="text"/>
Indirizzo	<input type="text"/>	Comune	<input type="text"/>
Codice fiscale	<input type="text"/>		

Nell'anno scolastico 2022/2023 il/la suddetto*a alunno*a è iscritto*a

nome della scuola classe

indirizzo della scuola

Tragitto richiesto:

Partenza:
(indicare l'indirizzo della residenza / del domicilio o nome del punto raccolta studenti)

Arrivo:
(indicare nome dalla fermata del trasporto pubblico o della scuola)

Distanze (criteri minimi):

- la scuola di competenza è chilometri distante dalla residenza / dal domicilio;
- la fermata del servizio trasporto pubblico è chilometri distante dalla residenza / dal domicilio;
(per entrambi i criteri devono essere indicati i chilometri – si considera il tragitto più breve percorribile a piedi)

Corse richieste:

	LU	MA	ME	GI	VE
Andata	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ritorno	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

(selezionare corse richieste)

Ulteriori presupposti e dichiarazioni:

- in caso di utilizzo del servizio di trasporto pubblico i tempi d'attesa per gli alunni*e della scuola primaria e secondaria prima dell'inizio o dopo la fine delle lezioni sono superiori a 30 minuti;
[\(allegare relazione e gli orari del mezzo pubblico e della scuola\)](#)
- in caso di utilizzo del servizio di trasporto pubblico per gli alunni*e della scuola secondaria prima dell'inizio delle lezioni sono superiori a 30 minuti e i tempi d'attesa dopo la fine delle lezioni sono superiori a 60 minuti;
[\(allegare relazione e gli orari del mezzo pubblico e della scuola\)](#)
- non sussistono i criteri minimi, ma la famiglia per motivi oggettivamente dimostrabili, non è in grado di accompagnare l'alunno*a alla propria istituzione scolastica e a causa della natura accidentale del tragitto non si può pretendere che l'alunno*a percorra tale strada a piedi;
[\(allegare relazione dettagliata e certificazione del datore di lavoro\)](#)
- si richiede un ritorno a mezzogiorno e un ulteriore andata al pomeriggio per il rientro pomeridiano, dal momento che il rispettivo comune non ha istituito un servizio mensa per la scuola frequentata;
[\(allegare certificazione del comune\)](#)
- si richiede un ritorno a mezzogiorno e un ulteriore andata al pomeriggio per il rientro pomeridiano, dal momento l'alunno*a per motivi di salute non può usufruire del servizio mensa.
[\(allegare certificazione medica\)](#)

ATTENZIONE: verranno eseguiti controlli e se necessario verranno eseguiti correzioni e/o annullamento d'ufficio.

Il/la sottoscritto/a dichiara di essere a conoscenza che verranno effettuati controlli a campione sulla veridicità delle dichiarazioni (comma 3, articolo 2, della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17). Per poter esaminare le dichiarazioni, si autorizza l'Amministrazione Provinciale, a raccogliere tutti i dati occorrenti ai controlli di cui trattasi.

Informazioni ai sensi dell'art. 14 del Regolamento UE 2016/679 del Parlamento Europeo e del Consiglio del 27 aprile 2016. Titolare del trattamento dei dati personali: Titolare del trattamento dei dati personali è la Provincia Autonoma di Bolzano presso piazza Silvius Magnago 1, Palazzo 1, 39100 Bolzano, e-mail: direzione generale@provincia.bz.it - PEC: generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it

Responsabile della protezione dei dati (RPD): I dati di contatto del RPD della Provincia autonoma di Bolzano sono i seguenti: e-mail: [rpd@provincia.bz.it](mailto: rpd@provincia.bz.it); PEC: [rpd_dsb@pec.prov.bz.it](mailto: rpd_dsb@pec.prov.bz.it).

Origine dei dati: I dati sono stati raccolti presso il richiedente ai sensi della delibera del 24 marzo 2020, n. 207.

Categorie dei dati: I dati raccolti sono dati identificativi.

Finalità del trattamento: I dati ottenuti saranno trattati da personale incaricato dell'Amministrazione provinciale anche in forma elettronica, per le finalità istituzionali connesse al procedimento amministrativo per il quale sono stati ottenuti. Preposto/a al trattamento è il direttore/la direttrice pro tempore dell'Ufficio Assistenza Scolastica presso la sede dello stesso.

Comunicazione e destinatari dei dati: I dati potranno essere comunicati ad altri soggetti pubblici e/o privati della ripartizione diritto allo studio, ripartizione mobilità e STA Strutture Trasporto Alto Adige SpA per gli adempimenti degli obblighi di legge nell'ambito dello svolgimento delle proprie funzioni istituzionali e comunque in stretta relazione al procedimento amministrativo avviato. Potranno altresì essere comunicati a soggetti che forniscono servizi per la manutenzione e gestione del sistema informatico dell'Amministrazione provinciale e/o del sito Internet istituzionale dell'Ente anche in modalità cloud computing. Il cloud provider Microsoft Italia Srl, fornitore alla Provincia del servizio Office365, si è impegnato in base al contratto in essere a non trasferire dati personali al di fuori dell'Unione Europea e i Paesi dell'Area Economica Europea (Norvegia, Islanda e Liechtenstein), senza le adeguate garanzie previste al capo V del Regolamento. I destinatari dei dati di cui sopra svolgono la funzione di responsabile esterno del trattamento dei dati, oppure operano in totale autonomia come distinti titolari del trattamento.

Trasferimenti di dati: Non si effettuano ulteriori trasferimenti di dati in Paesi extra UE.

Diffusione: Laddove la diffusione dei dati sia obbligatoria per adempiere a specifici obblighi di pubblicità previsti dall'ordinamento vigente, rimangono salve le garanzie previste da disposizioni di legge a protezione dei dati personali che riguardano l'interessato/interessata.

Durata: I dati verranno conservati per il periodo corrispondente ad assolvere agli obblighi di legge vigenti in materia fiscale, contabile, amministrativa e cioè fino a 10 anni..

Processo decisionale automatizzato: Il trattamento dei dati è fondato su un processo decisionale automatizzato. L'applicazione di tale procedura determina l'esito favorevole o meno del procedimento.

Diritti dell'interessato/a: In base alla normativa vigente l'interessato/l'interessata ottiene in ogni momento, con richiesta, l'accesso ai propri dati; qualora li ritenga inesatti o incompleti, può richiederne rispettivamente la rettifica e l'integrazione; ricorrendone i presupposti di legge opporsi al loro trattamento, richiederne la cancellazione ovvero la limitazione del trattamento. In tale ultimo caso, esclusa la conservazione, i dati personali, oggetto di limitazione del trattamento, potranno essere trattati solo con il consenso del/della richiedente, per l'esercizio giudiziale di un diritto del titolare, per la tutela dei diritti di un terzo ovvero per motivi di rilevante interesse pubblico.

La richiesta è disponibile alla seguente pagina web: <http://www.provincia.bz.it/it/amministrazione-trasparente/dati-ulteriori.asp>.

Rimedi: In caso di mancata risposta entro il termine di 30 giorni dalla presentazione della richiesta, salvo proroga motivata fino a 60 giorni per ragioni dovute alla complessità o all'elevato numero di richieste, l'interessato/l'interessata può proporre reclamo all'Autorità Garante per la protezione dei dati o inoltrare ricorso all'autorità giurisdizionale

Ort und Datum

.....
Unterschrift des/der Antragsteller*in